

Kriterien für eine Attac-Gemeinde

Präambel

Neoliberale Globalisierung schafft einseitige Bewegungsfreiheit für Kapital und Waren. Diese Bewegungsfreiheit hat große Auswirkungen nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auf die gesamte Politik, die Gesellschaft im Allgemeinen und die kleinsten politischen Einheiten, die Gemeinden, im Besonderen. Durch die Flüchtigkeit des Kapitals ist es ein Leichtes, alle Einrichtungen, die nicht „auswandern“ können, zu erpressen: Menschen, Gemeinden, lokale Einrichtungen, kurz: das Leben in seiner Gesamtheit.

Folgen dieser einseitigen und unausgewogenen Form der Globalisierung sind steigende Armut und Ungleichheit weltweit und auch innerhalb der Länder, die Verringerung der kulturellen und regionalen Vielfalt, die Erosion der ökologischen Lebensgrundlagen und – entgegen dem Subsidiaritätsgedanken – die Verlagerung immer weiter reichender Entscheidungskompetenzen auf demokratisch schwach legitimierte Ebenen wie die EU oder die Welthandelsorganisation WTO.

Ziel der weltweit vernetzten, globalisierungskritischen Bewegung Attac ist es, faire Spielregeln für die globale Wirtschaft durchzusetzen und den Spielraum der darunter liegenden Ebenen – Gemeinden, Länder, Nationalstaaten – wieder zu erhöhen. Gemeinden sorgen in Österreich für sozialen Zusammenhalt, Lebensqualität und Nähe, ohne die das tägliche Zusammenleben nicht denkbar wäre. Sie kommen jedoch durch diese Form der Globalisierung immer stärker unter Druck und können oft nur mehr auf Sachzwänge reagieren, die eine global agierende und von politischer Regelung weitgehend entbundene Wirtschaft erzeugt. Attac strebt ein Bündnis mit allen Gemeinden an, die diese Bedingungen nicht länger widerspruchslos hinnehmen wollen.

Ziele der Attac-Gemeinden

Gemeinsam mit Attac Österreich bekennen sich Attac-Gemeinden zu folgenden politischen Leitlinien:

- Die Globalisierung muss demokratischer und gerechter gestaltet werden, nicht nur durch das Engagement der/s Einzelnen, sondern vor allem durch die Politik.
- Insbesondere müssen die globalen Finanzmärkte, der Welthandel und grenzüberschreitende Investitionen so geregelt werden, dass sie weltweit den Wohlstand und soziale Sicherheit erhöhen, die Kluft zwischen Arm und Reich und zwischen den Geschlechtern schließen, und die regionale Wirtschaft nicht benachteiligen.
- Das Shareholder-Value-Prinzip muss abgelöst werden durch ein Prinzip, welches allen Beteiligten ein gerechtes Maß an Anteilhabe am Produkt und am Gewinn ermöglicht („Stakeholder-Prinzip“).
- Das Gemeinwohl muss wieder höher bewertet werden als rein betriebs-wirtschaftliches Denken, insbesondere in den Bereichen der öffentlichen Güter und Dienstleistungen. Trinkwasser, Energie, Bildung, Gesundheit, Pensionen, Bundesforste, dürfen nicht weiter privatisiert werden.
- Die Absenkung der Staatsquote (Summe der Steuern und Abgaben gemessen an der Wirtschaftsleistung) als Ziel an sich muss fallen gelassen werden.

- Der Wettbewerb zwischen Staaten, Ländern, Regionen, Gemeinden („Standortwettbewerb“) um die niedrigsten Steuern, Umwelt- und Sozialstandards sowie die großzügigsten Köder für Investoren ist für alle Beteiligten schädlich und gehört deshalb durch internationale Kooperation beendet. Multinationale Konzerne dürfen nicht besser behandelt werden als Klein- und Mittelbetriebe.
- Eine vollständige ökologische Kostenwahrheit im Transport muss hergestellt werden, um Umweltschäden und Transit zu verringern und um regionale Wirtschaftsstrukturen wieder zu fördern.
- Entgegen der derzeitigen Gesetzgebung auf nationaler, EU- und WTO-Ebene sind Patente auf Leben abzulehnen. Die biologische Vielfalt stellt ein öffentliches Gut dar und muss allen Menschen, vor allem auch den indigenen Völkern im Süden, zur Verfügung stehen.

Attac-Gemeinden bemühen sich in ihrem Einflussbereich um die Einhaltung folgender politischer Forderungen bzw. Maßnahmen:

- Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen und das Eintreten für die Sicherstellung der dafür nötigen Finanzmittel (was in einer wachsenden und reicher werdenden Volkswirtschaft grundsätzlich kein Problem ist)
- Keine (weitere) Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Trinkwasser, Krankenhäuser, soziale Dienste, Schulen, öffentlicher Verkehr, Kommunalbetriebe, ...
- Verzicht auf Cross-Border-Leasing und ähnlich intransparente und risikobehaftete Finanzierungsmodelle
- Aktive Förderung der Nahversorgung statt Vorrang für Freihandel
- Mitmachen bei gentechnikfreien Regionen
- öffentliches Verurteilen des Steuer- und Standortwettbewerbs – denn dieser schadet in erster Linie wieder den öffentlichen Budgets und damit den Gemeinden
- Sollte es auf Grund äußerer Umstände unmöglich sein, eines oder mehrere dieser Kriterien einzuhalten, teilen die Gemeinden diese Umstände Attac mit. Attac dokumentiert die solcherart auf Gemeinden ausgeübten Sachzwänge und stärkt damit die Argumentation für die gemeinsamen Zielsetzungen.

Attac-Gemeinden erklären sich bereit

- aktuelle Schwerpunktthemen von Attac aufzugreifen und dazu mindestens 1x jährlich eine Attac-Veranstaltung durchzuführen
- Attac-Resolutionen (z.B. Deklaration für Steuergerechtigkeit, Stopp-GATS-Resolution) im Gemeinderat zu diskutieren und abzustimmen
- zur gegenseitigen Vernetzung und Kooperation mit Attac und anderen Attac-Gemeinden im Sinne von „best practice“ beizutragen (z.B. einmal im Jahr ein Attac-Gemeindevernetzungstreffen)

- alle Maßnahmen nach Gender-Kriterien zu prüfen, z.B. Genderbudgeting (Auswirkungen der Budgeterstellung auf Frauen mitbedenken), gendergerechte Ein- und Anstellung im Gemeindebereich etc.

Was leistet Attac?

- Attac Österreich stellt eine Ansprechperson sowie regelmäßig Artikel und Hintergrundinformationen für Kommunalzeitungen zur Verfügung.
- Einmal im Jahr werden die Attac-Gemeinden veröffentlicht, sie sind auf der Homepage ständig sichtbar.
- Bei Bedarf bietet vermittelt Attac ein professionelles Gender-Coaching an die Gemeinde.

Regulativ

Der Beschluss, Attac-Gemeinde zu werden, fällt im Gemeinderat. Die Gemeinde trägt dann den Namen „Attac-Gemeinde“. Diese Bezeichnung kann beiderseitig jederzeit widerrufen werden, sei es, weil die Gemeinde den Intentionen oder den Forderungen von Attac Österreich nicht mehr entsprechen will, sei es, weil Attac Österreich die gestellten Forderungen als nicht mehr erfüllt betrachtet.

Die Gemeinde, die den Namen „Attac-Gemeinde“ führt, verpflichtet sich zu einem finanziellen Beitrag. Der Beitrag richtet sich nach Größe und Finanzkraft der Gemeinde.

Richtwerte dazu sind für Gemeinden

- bis 1000 EinwohnerInnen: 300 €, Mindestbeitrag jedoch: 150 € / jährlich
- über 1000 bis 5000 EinwohnerInnen: 500 € / jährlich
- über 5000 bis 10.000 EinwohnerInnen: 700 € / jährlich
- über 10.000 EinwohnerInnen: 1.000 € / jährlich

Die Gemeinde _____ hat am _____
im Gemeinderat beschlossen, sich entsprechend den oben angeführten Kriterien
„Attac-Gemeinde“ zu nennen und die obigen Vereinbarungen einzuhalten.

(für die Gemeinde)

Der Gemeinde _____ wurde am _____ die
Urkunde „Attac-Gemeinde“ überreicht.

(für Attac Österreich)